Stadt Bergtadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
18.11.2015
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kommunalverfassung, Ratsbüro
Schriftführung
Dennis Zach
Telefon-Nr.
02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 03.11.2015

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:03 Uhr - 19:44 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 08.09.2015 - öffentlicher Teil**
0404/2015

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4a **Teilnahme am Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur**
0483/2015

5 **1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2016/2017**
0411/2015

12 **Einwohnerfragestunde**
0406/2015

7 **Jahresabschluss 2014 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach**
0451/2015

8 **Jahresabschluss 2014 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
0397/2015

9 **Jahresabschluss und Lagebericht 2014 GL Service gGmbH**
0408/2015

10 **Jahresabschluss 2014 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH**
0418/2015

11 **Wirtschaftsplan 2016 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0414/2015

13 **Denkmalsatzung**
- Beschluss zur Änderung der Satzung zur Ausführung des Denkmalschutzgesetzes
0322/2015

14 **IX. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0391/2015/1

15 **Änderung der Sondernutzungssatzung bzw. des Gebührentarifs**
1. Verlängerung der Gebührenreduzierung bei der Sondernutzungserlaubnis für Werbeanlagen
2. Erlaubnisfreie Sondernutzungen
hier: Ergänzung des § 3 der Sondernutzungssatzung
0312/2015

16 **Änderung des Entgelt-Tarifs der Stadtbücherei, hier Mahnentgelte DVD**
0361/2015

17 **Änderung der "Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen"**
0358/2015

18 **Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile**
0364/2015

19 **Beschlussfassung Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept**
0321/2015

20 **Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach**
0307/2015/1

21 **Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene**
0445/2015

22 Einsatz für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
0213/2015

23 Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit, Neuberufung der Mitglieder für die 13. Amtszeit ab dem 01.07.2016
0429/2015

24 Änderung und Ergänzung der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW über die Bereiche Kommunikation und Zugänglichkeit von Gebäuden vom 18.07.2013
0368/2015

25 Berufung eines stellvertretenden Mitglieds in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach
0235/2015

26 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

26.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.09.2015 (eingegangen am 02.10.2015) zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss
0428/2015

27 Anträge der Fraktionen

27.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE., des Ratsmitglieds Herrn Krasniqi und des Ratsmitglieds Herrn Samirae vom 08.09.2015 (eingegangen am 11.09.2015) zur Erörterung der Anfrage zur Flüchtlingsunterbringung
0431/2015

27.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.09.2015 (eingegangen am 05.10.2015) zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge
0432/2015

27.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2015 (eingegangen am 20.10.2015) zum bezahlbaren Wohnraum in Bergisch Gladbach
0453/2015

28 Anfragen der Ratsmitglieder

28.1 Schriftliche Anfragen

28.1.1 Gemeinsame schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE., des Ratsmitglieds Herrn Krasniqi und des Ratsmitglieds Herrn Samirae vom 08.09.2015 (eingegangen am 11.09.2015) zur Thematik "Flüchtlingsunterbringung"
0386/2015

28.1.2 Schriftliche Anfrage des Ratsmitglieds Herrn Samirae vom 10.09.2015 (eingegangen am 14.09.2015) zu Thematik "Teilnahme am Bundesprogramm kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"
0420/2015

28.2 Mündliche Anfragen

N **Nicht öffentlicher Teil**

1 **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**

2 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 08.09.2015 - nicht öffentlicher Teil**
0405/2015

3 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4 **Bericht aus den städtischen Beteiligungen**

5 **Anträge der Fraktionen**

6 **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:03 Uhr die 9. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Herr Schacht (CDU-Fraktion) und Herr Außendorf (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) entschuldigt. Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) und Herr Kraus (CDU-Fraktion) sind ab 17:05 Uhr, Frau Casper (CDU-Fraktion) ab 17:09 Uhr, Herr Voßler (CDU-Fraktion) ab 17:11 Uhr und Herr Kreutz (SPD-Fraktion) ab 17:17 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung sind Frau Schlich und Herr Kremer entschuldigt. Als Vertretung der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes ist Herr Francois anwesend.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 21.10.2015 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie
- die mit Schreiben vom 30.10.2015 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 21.10.2015, des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 27.10.2015, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 28.10.2015 und des Haupt- und Finanzausschusses am 29.10.2015 und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. und des Herrn Samirae zum Antrag der SPD-Fraktion unter TOP Ö 27.3 sowie
- eine Vorlage zur Teilnahme am Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur, welche als Tischvorlage vorliege.

Herr Urbach führt an, die Verwaltung schlage vor, die Tagesordnung der heutigen Sitzung aus Gründen äußerster Dringlichkeit um diesen Tagesordnungspunkt als TOP Ö 4.a zu erweitern. Die äußerste Dringlichkeit werde in der Vorlage begründet. Die Förderbedingungen seien erst vor kurzem bekannt gegeben worden und die Antragsfrist laufe bereits in wenigen Tagen ab. Die Fristen seien in der Vorlage detailliert dargestellt. Heute Früh habe die Verwaltung per E-Mail einen Hinweis von Herrn Samirae erhalten. Herr Samirae habe geschrieben, den im Rathaus Bergisch Gladbach vorab verteilten Unterlagen zur Teilnahme am Bundesprogramm kommunaler Einrichtungen fehle es an der Abschrift seiner Anfrage. Diese sei im Internet jedoch eingepflegt worden. Herr Samirae bitte um eine Stellungnahme diesbezüglich.

Herr Urbach teilt hierzu mit, dass keine Unterlagen im Rathaus zu TOP Ö 28.1.2 der heutigen Sitzung verteilt worden seien. Die Anfrage von Herrn Samirae in der Sache „Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen“ sei in der Ratseinladung, die postalisch übersandt worden sei, als TOP Ö 28.1.2 enthalten. Hierzu seien der Einladung sowohl die Vorlage (Nr. 0420/2015) mit der Antwort der Verwaltung, als auch das Anfrageschreiben beigefügt worden. In der Antwort der Verwaltung sei bereits darauf hingewiesen worden, dass für das Sport- und Schwimmzentrum Mohnweg bereits ein Grobkonzept vorliege, das noch aktualisiert und förderfähig ausgestaltet werden müsse und dass in der Sache weitere Informationen in der Sitzung nachgereicht werden. Dies geschehe mit der vorliegenden Tischvorlage, die unter TOP Ö 28 - Anfragen der Ratsmitglieder - nicht beraten werden könne, da hier Fragen gestellt und beantwortet werden, aber keine Sachbeschlüsse gefasst werden. Die Vorlage sei gestern Nachmittag vorab in die Postfächer der Fraktionen

und der Ratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit eingeworfen worden, damit diese Gelegenheit haben, die Vorlage bereits vor der Ratssitzung zu lesen. Es sei daher nicht ersichtlich, warum dieser Vorlage erneut das Anfrageschreiben beigefügt werden solle, dass - wie bereits dargestellt - der Einladung zur Sitzung des Rates mit einer Vorlage zu TOP Ö 28.1.2 beigefügt gewesen sei und unter diesem Punkt auch heute behandelt werde. Er weist daher darauf hin, dass die Anfrage, die Antworten der Verwaltung und die Tischvorlage der Verwaltung allen Ratsmitgliedern und auch der Öffentlichkeit für einen Sachbeschluss vorliegen.

Sodann stellt Herr Urbach den Beschlussvorschlag zur Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage Nr. 0483/2015 als TOP 4a zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0483/2015 - Teilnahme am Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur – erweitert, die als TOP Ö 4a in die Tagesordnung aufgenommen wird.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 08.09.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 08.09.2015 - öffentlicher Teil

0404/2015

Herr Urbach teilt mit, dass es eine Aktualisierung zu TOP Ö 23.2 Anfragen der Ratsmitglieder der vergangenen Sitzung gebe. Die Antwortschreiben betreffend die Anfragen von Herrn Dr. Steffen zum Freifunk und von Herrn Außendorf zu Verkehrskontrollen seien erfolgt. Die Fraktionen und fraktionslosen Ratsmitglieder haben eine Durchschrift der Antwortschreiben erhalten. Zudem werden sie der Niederschrift über die heutige Sitzung als Anlage beigefügt.

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung sowie die Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu WLAN im Ratssaal

Herr Urbach teilt mit, dass es in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr zu Störungen der Mikrofonanlage gekommen sei, was in der Sitzung damit begründet worden sei, dass ein WLAN im Ratssaal eingerichtet worden sei. Das von der Verwaltung im Ratssaal eingerichtete WLAN könne jedoch nicht Ursache der Störung sein, da es in einem Frequenzbereich sende, die die Frequenz der Mikrofonanlage nicht tangiere. Bei der Einrichtung des WLAN habe die Verwaltung die Mikrofonanlage auch praktisch bei eingeschaltetem WLAN intensiv und in allen Winkeln des Ratssaales getestet. Nach Auftreten der Probleme in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr seien diese Tests wiederholt worden. Dabei seien keinerlei Störungen aufgetreten. Die Haustechnik sei daher beauftragt worden, die Ursache zu eruieren und die Störung zu beheben. Die Verwaltung bereite derzeit die Vergabe von Zugängen für Ratsmitglieder zum WLAN in den Ratssälen Stadtmitte und Bensberg vor. Es handele sich um einen ortsübergreifenden Login, so dass mit einem einmaligen Login das WLAN in beiden Sälen genutzt werden könne.

Mitteilung zur Einschätzung der Belegung von Turnhallen

Herr Urbach führt an, dass Herr Rockenberg eine Einschätzung zur Situation der Turnhallen im Zuge der derzeitigen Belegung durch Flüchtlinge abgegeben habe. Derzeit seien 3 von 23 Hallen in Bergisch Gladbach für diesen Zweck in Benutzung. Dies sei eine überdurchschnittliche Quote, wobei erschwerend hinzukomme, dass die Turnhalle in Herkenrath derzeit saniert werde und folglich ebenfalls nicht zur Verfügung stehe. Als Teilkompensation sei eine Turnhalle des Rheinischen Turnerbundes angemietet worden. Bisher sei es noch gelungen, den Sportunterricht jener Widrigkeiten zum Trotz durchzuführen. Auch für den Vereinssport seien Lösungen gefunden worden. Bei der etwaigen Belegung einer weiteren Halle sei dies jedoch kaum noch zu gewährleisten.

Der Rat nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

4a. Teilnahme am Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur

0483/2015

Herr Urbach erklärt, dass die Teilnahme am Programm schon längere Zeit anvisiert gewesen sei, jedoch seien die genauen Förderbedingungen erst vor kurzem bekannt gegeben worden. Infolgedessen seien auch die Fristen zur Teilnahme bekannt gegeben worden, welche sehr knapp bemessen seien. Er danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in Anbetracht dessen die betreffende Vorlage erstellt haben und die Maßnahmen, welche am Mohnweg durchgeführt werden müssen, aktualisiert haben. Die Stadt sei dadurch nun in der Lage, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der Fokus liege auf dem Neubau eines Sport- und Schwimmzentrums, wobei auch die Thematik Inklusion – insbesondere durch die Nachbarschaft zur Förderschule – ein zentrales Argument darstelle. Zudem sei das Schwimmbad am Mohnweg das einzige im Ortsteil Refrath, obwohl dieser die meisten Einwohner Bergisch Gladbachs beherberge. Es sei auch dargestellt worden, dass die Stadt Bergisch Gladbach die erforderlichen Investitionen – trotz eines Grundsatzbeschlusses – nicht alleine stemmen könne. Diese Probleme könnten bei der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 90 % der anfallenden Kosten jedoch gelöst werden. Aus diesen Gründen bitte die Stadt um Zustimmung des Rates zu dieser Willensbekundung, damit der Antrag formal eingereicht werden könne.

Herr Mömkes weist darauf hin, dass der Ortsteil über zwei Schwimmbäder verfüge. So befinde sich auch das Thermalbad Mediterana in Refrath. Jedoch sei dieses nicht für den Schul- und Vereinssport vorgesehen. Die CDU-Fraktion begrüße den anvisierten Antrag der Verwaltung und würde sich über die Zustimmung des Rates erfreut zeigen.

Herr Waldschmidt führt an, dass die dargebotene Chance wahrgenommen werden solle. Es sei allerdings fraglich, ob der dann folgende Antrag der Stadt Bergisch Gladbach positiv beschieden werde. Die Bedingungen für die Förderungen seien erst kurzfristig bekannt geworden, was auch die Dringlichkeit der Vorlage begründe. Sofern dem Antrag der Stadt zugestimmt werde, müsse die Thematik nochmals in den Haushaltsberatungen diskutiert werden, da die Stadt trotz der Förderung einen Eigenanteil von 10 % der Gesamtkosten leisten müsse. Es kursiere jedoch das Gerücht, dass die maximale Förderung vier Millionen Euro betrage. Die Kosten der Maßnahme betreffend das Schwimmbad Mohnweg belaufen sich jedoch auf 4,6 Millionen Euro. Demzufolge müsse die Stadt einen Eigenanteil von knapp einer Million tragen.

Herr Urbach ergänzt, dass dies nicht eindeutig aus den Bedingungen hervorgehe. Dort sei eine Förderung zwischen zwei und vier Millionen Euro erwähnt. Dies entspreche dem Bundesanteil von 90 %, so dass ein Volumen von knapp 4,4 Millionen Euro gefördert werden könne. Sofern sich hier eine leicht größere finanzielle Lücke auftue, könne diese auch noch seitens der Stadt Bergisch Gladbach getragen werden.

Frau Schundau erachtet die Fördermöglichkeit für begrüßenswert. Sie zeigt sich optimistisch, was die Bewilligung angehe.

Herr Urbach ergänzt, dass die Hoffnung einer positiven Bescheidung des Antrags auch von der Verwaltung getragen werde.

Herr Klein zeigt sich erfreut über die Einbringung der Vorlage und die damit verbundene Chance auf den Erhalt der Förderung. Die Pläne zur Umsetzung eines Neubaus des Schwimmbades Mohnweg existieren schon seit mehreren Jahren. Es sei zu kritisieren, dass diese Pläne nicht seitens der Bäder GmbH umgesetzt worden seien.

Herr Urbach entgegnet, dass das Schwimmbad der Stadt und nicht der Bäder GmbH gehöre.

Herr Samirae bedankt sich für die Einbringung der Vorlage durch die Verwaltung und die Vorstellung des Projektes. Der Bund werde 90 % der Gesamtkosten übernehmen. Sofern der Antrag bewilligt werde, handele es sich vorliegend um eine rentierliche Investition. Er hofft, dass eine positive Bescheidung des Antrags erfolge. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Information seitens der Verwaltung früher erfolgt wäre, so dass auch der zuständige Fachausschuss beteiligt hätte werden können. Nachdem er von der Existenz des Förderprogramms erfahren habe, habe er die Anfrage gestellt, welche unter TOP Ö 28.1.2 der heutigen Sitzung behandelt werde.

Herr Urbach entgegnet, dass die Verwaltung bereits frühzeitig von dem Förderprogramm gewusst habe. Die Bedingungen für das Förderprogramm seien jedoch erst später veröffentlicht worden, so dass eine rechtzeitige Beteiligung des Ausschusses nicht mehr möglich gewesen sei.

Herr Kraus ergänzt, dass die Thematik im Fachausschuss besprochen worden sei. Die Teilnahme am Förderprogramm sei begrüßenswert, zumal das Bad des RTB nicht mehr Teil der Wasserflächenberechnung sei. Dadurch sei ein Handlungsdruck entstanden, zumal eine Schließung des Schwimmbades Mohnweg negative Konsequenzen nach sich ziehe. Es sei demnach geboten, alles dafür zu tun, um das Förderprogramm für das Schwimmbad Mohnweg zu erhalten.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Aufgrund der äußersten Dringlichkeit im Thema (speziell mit Blick auf die nötigen Antragsfristen) verzichtet der Rat auf eine Vorberatung im ABKSS und HFA.**
2. **Der Rat beschließt, sich mit dem Projekt „Sport INKLUSIV – Fit integriert in Refrath“ am Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur zu beteiligen und beauftragt die Verwaltung, einen entsprechenden Antrag zu stellen.**
3. **Der Rat sichert verbindlich zu, die bei einer evtl. Projektförderung (mit Förderquote von 90 Prozent) und anschließenden Umsetzung des Projektes erforderlichen Haushaltsmittel im Umfang von 10 Prozent bereit zu stellen.**

5. 1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2016/2017

0411/2015

Herr Urbach merkt an, dass vor Beginn der Ratssitzung die Entwürfe des Doppelhaushaltsplanes 2016/ 2017 an die Ratsmitglieder verteilt worden seien.

Es folgt die Rede zur Einbringung der Entwürfe der Haushaltssatzung und der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für die Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahre 2016 und 2017 von Herrn Kämmerer Jürgen Mumdey.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Urbach überträgt die Sitzungsleitung auf den ersten stellvertretenden Bürgermeister Herrn Josef Willnecker und hält seine Rede zur Einbringung der Entwürfe der Haushaltssatzung und der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für die Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahre 2016 und 2017.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Urbach übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Herr Waldschmidt kritisiert Herrn Mumdeys Vorwürfe an die Politik, wonach von der Seite des Rates keine Sparvorschläge zum Haushalt eingebracht worden seien. Er vertrete die Auffassung, dass die Verwaltung – insbesondere der Kämmerer – mit solchen Vorschlägen an die Politik herantreten müsse. Dies sei jedoch nicht geschehen. Es habe weitreichende Beratungen zwischen den Kooperationsfraktionen und der Verwaltung gegeben. Seitens des Verwaltungsvorstandes sei jedoch signalisiert worden, dass die Vorschläge aus der Politik kommen sollen. Einsparungsvorschläge der Verwaltung seien nicht erfolgt, obwohl dies deren Aufgabe sei. Seitens CDU- und SPD-Fraktion sei ein Konzept zur Personalbewirtschaftung vorgelegt werden, welches jedoch – auch aufgrund der Kritik aus dem Verwaltungsvorstand – zurückgezogen worden sei. Die Kritik seitens Herrn Mumdey sei deshalb zurückzuweisen.

Herr Santillán erklärt, dass in der heutigen Sitzung keine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Thematik erfolgen könne. Es sei jedoch fragwürdig, warum in der heutigen Sitzung ein Doppelhaushalt vorgelegt werde. Im Regelfall werde der Haushalt nur für ein Jahr erstellt. Der Beschluss des Haushaltes sei die primäre Aufgabe des Rates. Insbesondere für die Opposition stelle dies eine wichtige Möglichkeit dar, Stellung zu beziehen. Er bittet daher, die Begründung für den Doppelhaushalt darzulegen, da dieser eine Entdemokratisierung darstelle. Zudem seien viele Punkte im Haushalt unklar. Vor allem bei der Situation um Erstaufnahmeeinrichtungen bestehe die Möglichkeit, dass diese Transitzonen oder Hotspots weichen werden. Es sei demnach unklar, ob die Forderungen gegenüber dem Land – welche hieraus entspringen – eingetrieben werden können. Auch die Einnahmen aus der Beteiligung an der BELKAW GmbH seien fraglich. Es sei absehbar, dass Nachtragshaushalte eingebracht werden müssen. Er **beantragt**, dass ausschließlich der Haushalt für das Jahr 2016 verwiesen werden solle.

Herr Komenda weist darauf hin, dass die von Herrn Urbach vorgeschlagene Sanierung der Turnhalle Sand schon früher habe durchgeführt werden sollen. Durch die Sanierung des Stadiondaches der BELKAW-Arena sei dies jedoch zurückgestellt worden. Zudem wirken sich die gestiegenen Sanierungskosten des Otto-Hahn-Gymnasiums zwar nicht zum Leidwesen des NCG aus, wohl aber zu dem der anderen Schulen. Die zusätzlichen Kosten werden das Budget aus dem Produkt Hochbaukosten langfristig verringern.

Herr Dr. Baeumle-Courth führt an, dass die Thematik des Schuldenabbaus nicht in den Haushaltsreden erwähnt worden sei. Dies sei in Anbetracht der derzeitigen Lage zwar schwer durchführbar, solle jedoch in einer langfristigen Haushaltsplanung nicht in Vergessenheit geraten. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen sollen die Risiken des Zinsniveaus und der hohe Kassenkreditrahmen berücksichtigt werden. Durch die Eigenbetriebe werden zudem knapp 10 Millionen an potentiellen Zinseinnahmen verhindert. Die fortlaufende Globalisierung sei nicht aufzuhalten und beherberge sowohl positive als auch negative Aspekte.

Herr Urbach merkt an, dass der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen die Möglichkeit geboten sei, Vorschläge zum Schuldenabbau einzureichen.

Herr Mömkes weist Herrn Santillán darauf hin, dass die Verwaltung den Haushaltsentwurf vorlege. Der Rat entscheide in einem demokratischen Entscheidungsprozess, wie mit diesem verfahren werden solle. Dies sei auch beim vorliegenden Entwurf der Fall. Zudem bittet er darum, den Haushaltsentwurf ohne Aussprache zu verweisen.

Herr Urbach führt an, dass das Gesetz die Möglichkeit der Einbringung eines Doppelhaushaltes vorsehe. Sofern sich im Laufe dieser beiden Jahre Veränderungen ergeben, können diese mit einem Nachtragshaushalt korrigiert werden. Dies sei verfahrenstechnisch weniger aufwendig, als die Vorlage eines neuen Haushaltes. Derzeit werde eine neue Finanzsoftware eingeführt, was insbesondere im Fachbereich 2 erhebliche Kapazitäten binde. Zudem sollen die Haushaltsziele neu definiert werden.

Herr Santillán stimmt Herrn Mömkes zu, dass der Rat über den Haushalt beschließe. Er **beantragt**, dass der Haushalt den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt als Bürgerhaushalt zur Diskussion und Abstimmung gestellt werde. Einen Bürgerhaushalt habe es bereits vor einigen Jahren gegeben.

Herr Urbach entgegnet, dass ein Bürgerhaushalt nicht klar definiert sei und verschiedene Interpretationen zulasse. Er bittet Herrn Santillán deshalb um eine Konkretisierung.

Herr Santillán erweitert seinen Antrag dahingehend, dass die Verwaltung ein Konzept zur Erstellung eines Bürgerhaushaltes vorstellen solle.

Herr Schütz merkt an, dass die Verwaltung bereits einmal einen Bürgerhaushalt durchgeführt habe. Folglich könne das dann angewandte Verfahren wiederholt werden.

Herr Urbach zeigt sich für die Idee grundsätzlich offen. Es können auch entsprechende Informationsveranstaltungen durchgeführt werden. Allerdings herrsche aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten – Einführung einer neuen Finanzsoftware und der Flüchtlingsthematik – eine hohe Belastung innerhalb der Verwaltung vor. Für Folgejahre könne diese Idee weiterverfolgt werden.

Herr Santillán entgegnet, dass die Thematik eines Bürgerhaushaltes bereits des Öfteren auf Folgejahre verwiesen worden sei. Letztlich sei dies in der Praxis – auch mit Verweis auf die Belastung - dann allerdings nie umgesetzt worden.

Herr Kleine erklärt, dass viele Kommunen einen Doppelhaushalt aufstellen, da dies eine Entlastung der Verwaltung darstelle und Planungssicherheit mit sich bringe. Die Landesregierung habe das Instrument des Bürgerhaushaltes eingeführt, damit mehr Bürgerinnen und Bürger am Demokratieprozess teilnehmen können. Tatsächlich haben die meisten Kommunen dies jedoch wieder abgeschafft, da die Resonanz aus der Bevölkerung gering gewesen sei. Dies hänge auch damit zusammen, dass der Haushalt eine sehr komplexe Materie darstelle. Viele Bürgerinnen und Bürger hätten zwar Interesse an einzelnen Positionen, jedoch fehle oft der Blick für den Gesamtkomplex. Der Antrag von Herrn Santillán spiegele Resignation wider, da dieser seine Ansätze nicht durchsetzen könne. Der Vorschlag stelle zudem eine Entmündigung des Stadtrates dar. Der Rat sei von der Bürgerschaft gewählt worden und die gewählten Mitglieder seien offen für das Wort der Bürgerinnen und Bürger. Es sei empfehlenswert, wenn die anstehenden Haushaltsberatungen abgewartet werden, da auch die Möglichkeit bestehe, dass viele der Vorschläge Herrn Santilláns aufgenommen werden.

Herr Haasbach beantragt den Schluss der Rednerliste gemäß § 16 GeschO. In den kommenden Haushaltsberatungen werde die Thematik ohnehin ausgiebig diskutiert.

Herr Urbach fragt, ob jemand gegen den Antrag sprechen wolle. Zudem fragt er, ob eine der Fraktionen, von denen noch kein Mitglied zum vorliegenden Tagesordnungspunkt gesprochen habe, sich äußern wolle. Beides ist nicht der Fall.

Herr Samirae bittet darum, dass Themen wie der Bürgerhaushalt im Vorfeld der Sitzung eingebracht werden. Er sei offen dafür, dass eine entsprechende Resonanz eingeholt werde, um die Perspektive solcher Vorschläge zu prüfen. Dies solle allerdings nicht erst in der Sitzung geschehen, in der der Haushalt verwiesen werden solle.

Herr Urbach stellt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Haasbach auf Schluss der Rednerliste zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmt das fraktionslose Ratsmitglied Herr Schütz. Für den Antrag stimmen die übrigen Mitglieder des Rates. Somit wird der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

Sodann stellt Herr Urbach den Antrag von Herrn Santillán zur Ausarbeitung eines Konzeptes für den Bürgerhaushalt zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmt je ein Mitglied aus den Reihen der ALFA-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. sowie das fraktionslose Ratsmitglied Herr Santillán. Damit wird der Antrag mit den Stimmen der übrigen Ratsmitglieder mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sowie jeweils einer Enthaltung aus den Reihen der SPD-Fraktion und der ALFA-Fraktion **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Urbach den Beschlussvorschlag aus der Vorlage zur Überweisung des Doppelhaushaltes zur Abstimmung, da dieser weitergehender sei, als der Antrag von Herrn Santillán.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Schütz und Herrn Santillán bei Enthaltung der ALFA-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen 2016/2017 und der Wirtschaftspläne 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach, des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach und des Immobilienbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach werden zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

12. Einwohnerfragestunde

0406/2015

Herr Urbach erklärt, dass eine Einwohnerfrage von Frau Apicella vorliege.

Herr Urbach fragt Frau Apicella ob sie ihre Fragen selbst vorlesen wolle, was diese bejaht.

Sodann verliest Frau Apicella und beantwortet Herr Urbach die Fragen wie folgt:

1. und 2. Frage von Frau Apicella:
„Wir haben Ihnen, Herr Bürgermeister, als Vorsitzendes des Rates und Verwaltungschef im August 900 überreicht. Hierbei haben sich viele Menschen gegen die Fällung der Bäume im Rahmen der Maßnahme Strunde hoch vier ausgesprochen. Im Oktober erhielten wir von Ihnen eine Antwort, die uns leider nicht befriedigt hat. Die Antwort verwies auf die abgeschlossene Planung und die erfolgte Ausschreibung. Da wir uns für die vielen Menschen, die unterschrieben haben und sich für die Bäume einsetzen wollen, verantwortlich fühlen, haben wir noch einige Fragen. Warum ist es notwendig, für die Einrichtung einer Baustelle die Bäume im südlichen Bereich des Parks der Villa Zanders zu fällen? Wurden Alternativen geprüft und mit welchem Ergebnis?“

Antwort der Verwaltung:
„Die Fällung der Bäume ist nicht ursächlich durch die geplante Baustelleneinrichtung gefordert, sondern ist bedingt durch die in der Regionalen 2010 gesetzten Entfernung der Mauer und Umplanung des Parks der Villa im Übergangsbereich. Mit dem Wegfall der Mauer sind unumgänglich umfangreiche Bodenmodulationen erforderlich, die den Wegfall des Baumbestandes erforderlich machen. Die Veränderung des durch die Planung entstandenen Bereiches um die Mauer herum machen wir uns zu Nutze, um eine Fläche für Baustelleneinrichtung ortsnah und temporär zu erstellen. Nach Abschluss der Tiefbauarbeiten wird eine adäquate Bepflanzung vorgesehen. Ein Bepflanzungsplanentwurf wurde dem Ausschuss bereits zugesichert."

3. Frage von Frau Apicella:
„Welchen Sinn hat die Schaffung einer Sichtachse zur Villa Zanders?"

Antwort der Verwaltung:
„Die Sichtachse im Bereich der Villa hat mehrere Funktionen. Zum einen die bereits erwähnte verbesserte Zugangssituation und das damit verbundene Schaffen von angstfreien Zugangsräumen zur Innenstadt. Zum anderen, den Gästen in unsrer Stadt, die von Bensberg kommen, einen positiven Eindruck von unserer Innenstadt zu offerieren und damit die Attraktivität zu steigern."

4. Frage von Frau Apicella:
„Ist sichergestellt, dass die 150 Jahre alte Platane und die seltene alte Ulme auf dem sogen. Zanders-Geländer erhalten bleiben?"

Antwort der Verwaltung:
„Die Platane steht im direkten Einzugsbereich des Kreisverkehres und der Fachplaner von 8-68 wird noch einmal prüfen, ob es eine Möglichkeit zum Erhalt gibt. Die Ulme muss leider entfernt werden. Das Wurzelwerk der Ulme entspricht von der Größe ungefähr dem der Krone. Es ist nicht seriös die Erhaltung zuzusichern, obwohl in diesem Bereich ein Eingriff in den Tiefbau vorgenommen werden muss."

Herr Urbach fragt Frau Apicella, ob sie Zusatzfragen stellen wolle, was Frau Apicella bejaht.

Zusatzfrage von Frau Apicella:
„In den Plänen zur Regionale 2010 sind viele Veränderungen vorgenommen worden. Was spricht dagegen, dass es bei dieser Planung ebenfalls Veränderungen gebe?"

Herr Urbach teilt mit, dass der zuständige Fachbereichsleiter, Herr Kremer, in der heutigen Sitzung leider nicht anwesend sei. Er sagt Frau Apicella eine schriftliche Beantwortung hierzu zu. Frau Apicella zeigt sich hiermit einverstanden.

Herr Urbach erklärt, dass eine weitere Einwohnerfrage von Herrn Farzanehfar vorliege.

Herr Urbach fragt Herrn Farzanehfar, ob er seine Fragen selbst vorlesen wolle, was dieser verneint.

Herr Farzanehfar schreibt:
„Die Stadt Bergisch Gladbach plant die Sanierung des Betriebshofs in Obereschbach für 7,3 Mio. EUR bis 2017. Als Bürger der Stadt habe ich Interesse, zu erfahren, für welche Maßnahme die Mittel verwendet werden sollen. Daher möchte ich einen Ortstermin mit Besichtigung der geplanten Baustelle für die Bürger der Stadt anregen."

Frage von Herrn Farzanehfar:
„Wann ist es möglich, die geplanten Sanierungsabschnitte vor Ort erläutert zu bekommen?"

Antwort der Verwaltung:
„Die Planungen zur Sanierung des Betriebshofes Obereschbach sind noch nicht abgeschlossen. Insoweit ist es derzeit nicht möglich, hierzu ausführliche Informationen im Rahmen einer Informationsveranstaltung an Bürger zu geben. Die Planung wird nach deren Abschluss zunächst im zuständigen Ausschuss des Rates vorgestellt werden. Sofern sich eine Gruppe von Bürgern den heutigen Zustand des Betriebshofes ansehen möchte, ist dies natürlich nach Absprache mit der Betriebsleitung möglich."

Herr Urbach fragt Herrn Farzanehfar, ob er Zusatzfragen stellen wolle, was Herr Farzanehfar verneint.

Herr Urbach erklärt, dass eine weitere Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er seine Fragen selbst vorlesen wolle, was dieser verneint.

Herr Hoffmann schreibt:
„Nach Presseberichten soll die Grundsteuer B in Bergisch Gladbach von 490 auf 545 Punkte erhöht werden. Angesichts relativ hoher Steuereinnahmen und steigender Zuweisungen vom Land eine Bankrotterklärung."

1. Frage von Herrn Hoffmann:
„Wird der Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach nach dem Prinzip „et häd noch immer jotjegange" aufgestellt?"

Antwort der Verwaltung:
„Nein."

2. Frage von Herrn Hoffmann:
„Ist der Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach krisensicher?"

Antwort der Verwaltung:
„Ja, aber nicht alle relevanten Faktoren im Haushalt sind rechenbar, insbesondere die Entwicklung des Zustroms von Flüchtlingen nicht."

3. Frage von Herrn Hoffmann:
„Verlangen die Bürger der Stadt Bergisch Gladbach wie die Griechen finanziell zu viel von Ihrer Stadt?"

Antwort der Verwaltung:
„Nein."

4. Frage von Herrn Hoffmann:
„Wann geht es mit dem Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach wieder aufwärts?"

Antwort der Verwaltung:
„Schon jetzt verringert sich das Defizit von Jahr zu Jahr in siebenstelliger Höhe, so dass es derzeit schon aufwärts geht. Ab 2021 wird der Haushalt ausgeglichen sein."

5. Frage von Herrn Hoffmann:
„Gibt es einen Verantwortlichen für diese unfähige Haushaltsführung?"

Antwort der Verwaltung:
„Verantwortlich ist die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen."

6. Frage von Herrn Hoffmann:
„Hat die katastrophale Haushaltsführung der Stadt Bergisch Gladbach personelle Konsequenzen?“

Antwort der Verwaltung:
„Nein, da es keine katastrophale Haushaltsführung gibt.“

7. Frage von Herrn Hoffmann:
„Wer macht bei der schrecklichen Haushaltsführung der Stadt Bergisch Gladbach die schlechteste Figur – der Bürgermeister, die Verwaltung, der Kämmerer oder der Stadtrat?“

Antwort der Verwaltung:
„Die Haushaltsführung ist nicht schrecklich, sondern die Finanzausstattung der Kommunen.“

8. Frage von Herrn Hoffmann:
„Tut sparen beim städtischen Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach weh?“

Antwort der Verwaltung:
„Jede Einsparung trifft immer denjenigen, der gerade konkret betroffen ist.“

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er Zusatzfragen stellen wolle, was Herr Hoffmann verneint.

6. Zusammenlegung von zwei Produktgruppen

0442/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Die sich innerhalb des Produktbereichs 12 „Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV“ befindlichen Produktgruppen „012 760 Bau-, Unterhaltungs- und Planungsaufgaben an Verkehrsflächen und -anlagen“ und „012 765 Parkeinrichtungen (ruhender Verkehr)“ werden ab dem Doppelhaushalt 2016/2017 zu einer Produktgruppe zusammengefasst.

7. Jahresabschluss 2014 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach

0451/2015

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

8. Jahresabschluss 2014 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

0397/2015

Herr Krell erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Jahresabschluss zustimmen werde. Er vertritt die Auffassung, dass die im Jahresabschluss dargestellten Aufwendungen für Instandhaltungen und Investitionen unzureichend seien, um die Substanz der Bäder zu erhalten. Zudem sei die Prognose für die Erträge aus der Beteiligung an der BELKAW GmbH sehr optimistisch. In Anbetracht der Entwicklung des Energiemarktes sei es ratsam, wenn hier künftig mit niedrigeren Ergebnissen gerechnet werde.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. sowie gegen die Stimmen der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Santillán bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

1. **in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss und den Lagenbericht 2014 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von 501.542,89 € aus der Gewinnrücklage abzudecken**
2. **den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und**
3. **für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2015 die Ebner Stolz GmbH Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.**

9. Jahresabschluss und Lagebericht 2014 GL Service gGmbH

0408/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2014 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 01.10.2015 fest und entlastete den Geschäftsführer Herrn Stephan Dekker für das Geschäftsjahr 2014. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. **In der Bilanz zum 31.12.2014 werden Aktiva und Passiva mit 1.790.589,99 € und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2014 mit 46.875,03 € festgestellt.**
2. **Der Lagebericht 2014 wird festgestellt.**
3. **Der Bilanzverlust 2014 wird in Höhe von 3.437,09 € auf neue Rechnung vorgetragen.**
4. **Der Geschäftsführer Herr Stephan Dekker wird für das Geschäftsjahr 2014 entlastet.**

10. Jahresabschluss 2014 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH

0418/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung der FDP-Fraktion sowie der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

1. **in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2014 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen. In der Bilanz zum 31.12.2014 werden Aktiva und Passiva mit 636.528,45 € und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2014 mit 16.827,09 € festgestellt. Der Jahresüberschuss ist mit dem Gewinnvortrag von 250.761,22 € zu verrechnen und der verbleibende Gesamtbetrag von 267.588,31 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.**
2. **den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

11. Wirtschaftsplan 2016 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
0414/2015

Herr Urbach teilt mit, dass es keine Beschlussempfehlung aus dem Haupt- und Finanzausschuss gegeben habe, da noch Beratungsbedarf über die Höhe des Zuschusses der Stadt an die Stadtverkehrsgesellschaft bestanden habe. Es habe daraufhin verwaltungsinterne Gespräche hierzu gegeben. Dabei sei das Ergebnis erzielt worden, den Zuschuss an die Stadtverkehrsgesellschaft für das Jahr 2016 um 25.000 Euro zu kürzen. Dies sei nach Angaben des Geschäftsführers der Stadtverkehrsgesellschaft, Herrn Schmickler, vertretbar. Sofern es zu Liquiditätsengpässen in der Gesellschaft komme, könne seitens der Stadt – im Rahmen eines entsprechenden Beschlusses - finanziell nachgesteuert werden. Der Beschlussvorschlag solle mit diesen Änderungen heute zur Abstimmung gestellt werden.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. sowie der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae, Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden – im Vergleich zum Beschlussvorschlag in der Vorlage – **geänderten Beschluss**:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach wird nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt, als städtischer Gesellschaftervertreter in der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB), den Wirtschaftsplan 2016 nach § 13 (1) Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

Der allgemeine Zuschuss der Stadt Bergisch Gladbach an die Stadtverkehrsgesellschaft wird zudem im Jahr 2016 um 25.000 gekürzt. Der allgemeine Zuschuss an die Stadtverkehrsgesellschaft beträgt somit 125.000 Euro.

13. Denkmalsatzung
- Beschluss zur Änderung der Satzung zur Ausführung des Denkmalschutzgesetzes
0322/2015

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Satzung zur Ausführung des Denkmalschutzgesetzes in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung.

14. IX. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
0391/2015/1

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Die IX. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) wird in der Fassung der Vorlage Nr. 0391/2015/1 beschlossen.

15. Änderung der Sondernutzungssatzung bzw. des Gebührentarifs
1. Verlängerung der Gebührenreduzierung bei der Sondernutzungserlaubnis für Werbeanlagen
2. Erlaubnisfreie Sondernutzungen
hier: Ergänzung des § 3 der Sondernutzungssatzung
0312/2015

Herr Buchen teilt mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr eine Änderung in der Beschlussfassung empfohlen habe. Diese geänderte Beschlussempfehlung solle auch in der heutigen Sitzung des Rates zur Abstimmung gestellt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae, Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden – im Vergleich zum Beschlussvorschlag in der Vorlage - **geänderten Beschluss**:

1. **Die Gebührenreduzierung bei der Sondernutzungserlaubnis für Werbeanlagen wird bis auf weiteres beibehalten.**

2. **Die vorgeschlagenen Veränderungen in § 3 Abs. 2 Buchstabe f sowie § 3 Abs. 3 der zitierten Sondernutzungssatzung werden beschlossen.**

16. Änderung des Entgelt-Tarifs der Stadtbücherei, hier Mahnentgelte DVD

0361/2015

Herr Urbach teilt mit, in der Vorlage fehle der Hinweis, dass die Änderung am 01.12.2015 in Kraft treten solle. Der Beschlussvorschlag sei entsprechend zu ergänzen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herr Schütz folgenden **Beschluss**:

Folgende Änderung des Entgelte-Tarifs (§7 der AGB der Stadtbücherei) wird beschlossen: Das Überziehungsentgelt für DVDs von 1 € pro Tag pro DVD wird reduziert und den Standard-Überziehungsentgelten angeglichen. Die Änderung tritt am 01.12.2015 in Kraft.

17. Änderung der "Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen"

0358/2015

Herr Urbach teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss in der Sitzung am 29.10.2015 mehrheitlich beschlossen habe, dem Rat zu empfehlen, dem Beschlussvorschlag in der Vorlage zu folgen und zu Ziffer 1. Spiegelstrich 3 Satz 1 2. Halbsatz dahingehend zu ergänzend, dass die Pauschale für Übernachtungen künftig auf bis zu 90,00 Euro pro Person je Nacht angepasst werde.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz bei Enthaltung der ALFA-Fraktion folgenden – im Vergleich zum Beschlussvorschlag in der Vorlage – **geänderten Beschluss**:

In Ergänzung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.03.2010 und des Rates vom 25.03.2010 zur Vorlage Nr. 0131/2010 – Ergänzung der Regelungen über die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführungen der Stadtratsfraktionen – wird die Änderung der „Allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen“ in der Fassung der Anlage zur Vorlage unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzung beschlossen: Ziffer 1. Spiegelstrich 3 Satz 1 2. Halbsatz erhält folgende Fassung: „(…) oder alternativ auf bis zu 90,00 € *[bisher 50,00 €]*/Person je Übernachtung und auf 20,00 € je Hauptmahlzeit, wobei (…)“. Die übrigen Beschlussinhalte aus den vorgenannten Sitzungen bleiben unverändert bestehen.

18. Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile
0364/2015

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Die 25 Wohnplätze der Stadt Bergisch Gladbach werden in Stadtteile umbenannt und der Begriff „Wohnplatz" nicht weiter verwendet.**

2. **Der Stadtteil „Alt Refrath" wird künftig ohne Bindestrich geschrieben.**

3. **Soweit eine Änderung der Beschilderung notwendig ist, sollte diese im Rahmen von anstehenden Austauschmaßnahmen und somit kostenneutral durchgeführt werden.**

19. Beschlussfassung Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept
0321/2015

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

1. **Den Abwägungsempfehlungen für die im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts Bergisch Gladbach eingereichten und vorgetragenen Stellungnahmen wird zugestimmt.**
2. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch den Hauptband des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts.**

20. Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach
0307/2015/1

Herr Buchen trägt die durch den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr angezeigten Änderungen der Beschlussvorlage vor, welche Teil der Beschlussfassung in der heutigen Sitzung sein sollen.

Herr Dr. Steffen erklärt, dass das Abstimmungsverhalten von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr dadurch zu erklären sei, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag strengere Regelungen vorgeschlagen habe, welche Bündnis 90/ DIE GRÜNEN begrüßt hätten. Die Änderungen durch den Ausschuss seien eine Entschärfung dessen gewesen, weshalb sich Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Ausschuss enthalten haben. Trotzdem werden die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der heutigen Sitzung dem geänderten Beschlussvorschlag zustimmen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf zur Verminderung von Lärm. Zwar gebe es eine Studie, die einen Zusammenhang zwischen Lärm und Kreislauferkrankungen verneine. Die Anwesenden sollen sich doch aber für sich selbst die Frage stellen, ob Lärm gesund sei.

Herr Urbach ergänzt, dass er sich auch über diese Studie gewundert habe. Ebenso gebe es aber gegenteilige Studien. Er selbst wohne an der Einflugschneise des Flughafens Köln/ Bonn. Die Beeinträchtigung durch Fluglärm sei unzweifelhaft gegeben.

Herr Krell teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Lärmaktionsplan ablehne. Dieser vernachlässige technische Maßnahmen und sei nicht mit den Gewerbetreibenden besprochen worden. Es handele sich um eine Gefährdung der wirtschaftlichen Attraktivität Bergisch Gladbachs. Bei der vom Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr empfohlenen Änderungen handele es sich lediglich um einen Prüfauftrag.

Herr Urbach weist darauf hin, dass es eine umfangreiche Beteiligung der Gewerbetreibenden gegeben habe.

Herr Klein erörtert, dass mit Hilfe eines Lärmaktionsplanes auch die Möglichkeit gegeben sein müsse, agieren zu können. Solange ein solcher Plan die Auswirkungen auf die Bevölkerung nicht ganzheitlich berücksichtige, könne die Fraktion DIE LINKE. dem Plan nicht zustimmen.

Herr Samirae erklärt, dass er den Lärmaktionsplan – in der vorliegenden Form – ebenfalls ablehne. Es sei wünschenswert, dass bestimmte Maßnahmen – wie das LKW-Nachtverbot – gestrichen werden, da diese zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Kommunen führe und eine Existenzgefährdung betroffener Betriebe darstelle. Auch sei unwahrscheinlich, dass die Verwaltung die Auswirkungen des Lärmaktionsplanes für jeden Gewerbetreibenden einzelfallabhängig geprüft habe. Die Verkehrsverhältnisse in Bergisch Gladbach seien mit denen der Stadt Köln zu vergleichen, da es zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen im Straßenverkehr komme. Ein innerstädtisches Nachtfahrverbot für LKWs erhöhe diese Verzögerung nochmals. Der dadurch entstehende Schaden für die Gesamtbevölkerung werde im Lärmaktionsplan nicht berücksichtigt.

Herr Santillán erachtet den Lärmaktionsplan für unzureichend und verweist auf die Ausführungen Herrn Kleins und Herrn Dr. Steffens. Trotzdem werde er dem Antrag zustimmen, da es wichtig sei, dass etwas in der Sache geschehe. Lärm stelle ein großes Problem dar. Die Positionen der FDP-Fraktion und des Herrn Samirae seinen bürgerfeindlich.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der ALFA-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden – im Vergleich zum Beschlussvorschlag in der Vorlage – **geänderten Beschluss**:

1. **Der Lärmaktionsplan wird in seiner vorliegenden Form beschlossen.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden, im Lärmaktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen:**
   - **fahrbahnübergreifende Gestaltungen zur Verstetigung des fließenden Verkehrs, z.B. durch Bau oder Änderung von Querungssicherungen,**
   - **Maßnahmen zur Aufwertung der Aufenthaltsqualität im Straßenraum, z.B. durch Umgestaltungen oder Anpflanzungen,**
   - **Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit,**
   - **Prüfung von LKW-Nachtfahrverboten.**

3. **Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr wird zum Sachstand der beschlossenen Konzepte sowie vor jeder beabsichtigten Maßnahme zur Umsetzung der Konzepte rechtzeitig und umfassend beteiligt.**

21. Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene

0445/2015

Herr Mömkes **beantragt** für die CDU-Fraktion, dass die Beratung der Vorlage in das 1. Quartal 2016 vertagt werden solle. Innerhalb der Fraktion herrsche erheblicher Informationsbedarf über die Inhalte des Abkommens und deren Auswirkungen.

Herr Samirae erklärt, dass die Thematik eine sehr hohe Komplexität aufweise. Um die Vor- und Nachteile des Abkommens bewerten zu können, sei eine Informationsveranstaltung notwendig. Er schließe sich dem Vertagungsantrag an.

Herr Waldschmidt führt an, dass der Rat der Stadt Köln eine gemeinsame Resolution verabschiedet habe. Sofern noch Beratungsbedarf bestehe, solle dieser auch gewährt werden. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag von Herrn Mömkes daher zustimmen. An der Sinnhaftigkeit der Durchführung einer städtischen Informationsveranstaltung bestehen indes erhebliche Zweifel. Es gebe ausreichend Möglichkeiten, sich über die Thematik zu informieren. Die SPD-Fraktion sei diesbezüglich vor kurzem in Brüssel gewesen. Es sei nicht die Aufgabe der Stadt Bergisch Gladbach, über TTIP zu informieren.

Herr Santillán zeigt sich verwundert über die vorstehenden Aussagen, da das Thema TTIP nahezu täglich in den Medien vorkomme. Erst kürzlich habe es eine Demonstration in Berlin gegeben und auch in Bergisch Gladbach habe sich eine entsprechende Bürgerinitiative gebildet. Der noch bestehende Beratungsbedarf sei folglich bedauerlich. Nichtsdestotrotz sei dies aufgrund der Komplexität des Themas nachvollziehbar. Er fordert die Mitglieder des Stadtrates auf, sich intensiver mit TTIP zu befassen. Dies könne auch durch Hilfe der Bürgerinitiative geschehen. Es sei wünschenswert, wenn der Vertagungsantrag mit der Durchführung einer Informationsveranstaltung verbunden werde. Die Stadt Köln habe eine solche Veranstaltung im März gemeinsam mit verschiedenen Organisationen durchgeführt. Es sei gut, wenn sich der Rat im nächsten Jahr inhaltlich mit der Thematik auseinandersetze und eine Entscheidung treffe. Zudem kündigt er an, dass die Bürgerinitiative ein Bürgerbegehren starten werde.

Herr Klein teilt mit, dass das Freihandelsabkommen immense Auswirkungen auf die Kommunen habe. Der Antrag sei aus diesem Grund gestellt werden und es sei wünschenswert, wenn der Rat sich einstimmig hinter die Resolution positioniere. Durch die Verabschiedung ähnlicher Resolutionen in anderen Städten werde die gemeinsame Position der Gemeinden gegenüber höheren Ebenen verdeutlicht.

Herr Steinbüchel zeigt sich erstaunt über die vorhergehende Diskussion, da die Thematik schon länger bekannt sei. Es sei der Sache nicht dienlich, wenn eine Entscheidung weiter ausgesessen werde, da die Thematik weitreichende globale Auswirkungen haben werde. Der Rat solle sich eine Frist setzen, wann eine finale Entscheidung über die Resolution gefasst werde. Da eine solche heute wohl nicht gefasst werde, stimme die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN einer Vertagung zu. Er bittet darum, dass eine erneute Behandlung des Freihandelsabkommens zum Jahresbeginn 2016 erfolge.

Herr Kreutz erklärt, dass die Thematik emotional diskutiert werde und von besonderer Bedeutung sei. Deshalb habe sich die SPD-Fraktion weitere Informationen bei einer Reise nach Brüssel hierzu eingeholt. Für das Abkommen seien 22 Kapitel geplant, wobei zehn hiervon in einem nicht verhandlungsfähigen Entwurf seien. So sei das Kapitel, welches die Schiedsgerichte thematisiere, seit mehreren Jahren nicht mehr Gegenstand der Beratungen gewesen. Es sei wichtig, dass die Diskussion im nächsten Jahr sachlich geführt werde.

Herr Dr. Metten merkt an, dass es vorliegend um eine Resolution gehe. Er habe Vertrauen in das demokratische System. Es gebe politische Ebenen, die sachdienlich über die Thematik beraten und entscheiden. Dort gebe es auch juristische Dienste, die eine Bewertung der Inhalte vornehmen. Jene Kompetenz fehle dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach jedoch. Die Auswirkungen des Abkommens entziehen sich der Kenntnisnahme, weshalb die Thematik den Rat nicht in seiner Kernaufgabe tangiere. Es entstehe der Eindruck, dass der Rat dringend über das Freihandelsabkommen beraten müsse. Tatsächlich sei Bergisch Gladbach zwar mittelbar von den Auswirkungen betroffen, verfüge jedoch über keine Entscheidungsbefugnis in der Sache.

Herr Krell führt an, dass die FDP-Fraktion sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt habe und die Resolution ablehne. Diese beruhe auf Verdrehungen des Sachverhaltes und Panikmache. Nichtsdestotrotz werde sich die FDP-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung anschließen. Wie Herr Dr. Metten bereits angeführt habe, liege die Sache nicht in der Kompetenz des Rates. Hierzu gebe es andere – ebenfalls demokratisch legitimierte – Institutionen. Er habe Vertrauen, dass die Umsetzung des Abkommens dort mit der nötigen Sorgfalt behandelt werde.

Herr Santillán erörtert, dass die fehlende Transparenz des Abkommens das Kernproblem darstelle. Es sei eine Aufgabe der Stadt Bergisch Gladbach sich auf ihre Art mit der Thematik auseinanderzusetzen. Die Kommunen müssen Klarheit darüber fördern, in welcher Form sie von dem Abkommen betroffen sein werden. Er **beantragt**, dass die Stadt Bergisch Gladbach eine öffentliche Informationsveranstaltung über TTIP und CETA durchführe. Hieran sollen Befürworter, Gegner und die Bürgerinitiative beteiligt werden.

Herr Schütz schließt sich dem Vertagungsantrag von Herrn Mömkes an. Die Ausführungen von Herrn Dr. Metten unterstütze er ebenfalls.

Herr Ebert berichtet, dass die SPD-Fraktion bei ihrem Besuch in Brüssel eine große Offenheit erlebt habe. Es sei deutlich geworden, dass die Diskussionen aus Deutschland beobachtet werden. Der Verhandlungsprozess mit den USA sei lebendig. Auch sollen einzelne Kapitel des Abkommens - wie die Schiedsgerichte - nicht weiter verfolgt werden, da sie politisch nicht durchsetzbar seien. Die Kommunen haben das Recht, ihr Anliegen zu formulieren, um dadurch Gehör zu finden. Es sei deshalb wünschenswert, dass die Kommunen diesbezüglich mit einer Stimme sprechen, weshalb die SPD-Fraktion vorgeschlagen habe, die Resolution der Stadt Köln aufzugreifen. Dafür sei es jedoch erforderlich, dass eine zeitnahe Entscheidung über die Resolution getroffen werde.

Herr Urbach stellt den Antrag von Herrn Santillán zur Abstimmung. Er merkt jedoch an, dass die Stadt Bergisch Gladbach nicht über die Kompetenzen verfüge, eine Veranstaltung über diese komplexe Thematik durchzuführen. Er selbst werde deshalb gegen den Antrag stimmen.

Für den Antrag stimmen die Fraktion DIE LINKE., ein Mitglied aus den Reihen der SPD-Fraktion, zwei Mitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Santillán. Gegen den Antrag stimmen die ALFA-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Bürgermeister, 22 Mitglieder aus den Reihen der CDU-Fraktion, 14 Mitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion und fünf Mitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Somit wird der Antrag mehrheitlich bei drei Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion, zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Schütz **abgelehnt**.

Herr Urbach fragt, ob jemand zur Sache oder gegen den Antrag sprechen wolle. Beides ist nicht der Fall.

Sodann stellt Herr Urbach den Vertagungsantrag von Herrn Mömkes zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmt ein Mitglied aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Für den Antrag stimmen die übrigen Mitglieder des Rates. Damit wird der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

22. **Einsatz für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit**
0213/2015

Herr Mömkes **beantragt** für die CDU-Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes. Die CDU-Fraktion habe noch – insbesondere juristischen – Beratungsbedarf.

Frau Koshofer **beantragt** für die FDP-Fraktion, dass das Wahlrecht auch Einwohnern aus Nicht-EU-Ländern eingeräumt werden solle, sofern diese bereits eine bestimmte Mindestaufenthaltsdauer in Deutschland verbracht haben und über nachgewiesene Kenntnisse über das deutsche Gemeinwesen verfügen. Letzterer Punkt solle sich an den Einbürgerungstests orientieren.

Herr Schade schließt sich dem Vertagungsantrag von Herrn Mömkes an. Er weist darauf hin, dass die Vorlage auch – wie schon bei TOP Ö 21 - die Verabschiedung einer Resolution darstelle. Zudem habe der Rat nicht die Gesetzgebungskompetenz im Bereich des kommunalen Wahlrechts. Die Diskussion über die Thematik gebe es schon länger, diese sei aber auf Landesebene zu führen. Das Wahlrecht – unabhängig von Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen – sei zudem zwingend an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft. Der Hintergrund dessen sei, dass die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft das Ziel eines gelungenen Integrationsprozesses darstelle. Die Voraussetzungen hierfür – wozu auch eine Mindestaufenthaltsdauer zähle - seien in den jeweiligen Gesetzen zu finden. Das Recht der Bundesrepublik Deutschland über die die Erlangung der Staatsbürgerschaft beinhalte einen Anspruch auf Einbürgerung, sofern die Voraussetzungen erfüllt seien. Das Bundesverfassungsgericht habe in seiner Leitentscheidung die Gründe hierzu bereits ausreichend dargelegt.

Herr Schütz schließt sich den Ausführungen Herrn Schades an. Er fragt, inwieweit die Verwaltung die Rechtmäßigkeit des Beschlussvorschlages geprüft habe. Das Bundesverfassungsgericht habe ein eindeutiges Urteil hierzu gefällt. Die Kriterien zur Einbürgerung seien in den letzten Jahren bereits erheblich gelockert worden. Er könne der Vorlage nicht zustimmen, könne sich jedoch dem Vertagungsantrag anschließen. Die Thematik liege nicht in der Kompetenz der Stadt Bergisch Gladbach. Er erachte den Beschlussvorschlag für verfassungswidrig, weshalb eine rechtliche Prüfung erfolgen solle.

Herr Urbach antwortet, dass der städtische Jurist vor allem mit Sachverhalten betraut werde, in denen eine Entscheidung herbeigeführt werden solle. Er werde im Falle einer Vertagung jedoch den kommunalen Spitzenverband diesbezüglich kontaktieren.

Herr Santillán erklärt, dass das Thema bedeutsam für die kommunalen Gremien sei, da es auf deren Zusammensetzung abziele. Niemand könne den Rat daran hindern, eine Resolution hierzu zu verabschieden. Die Menschen, die in Deutschland leben, müssen auch unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit in die politische Willensbildung integriert werden. Es solle deshalb eine Entscheidung in jener Sache getroffen werden.

Herr Steinbüchel führt an, dass es vorliegend nur um den Beschluss eines Prüfauftrags an die Verfassungskommission des Landes Nordrhein-Westfalen gehe. Da eine Beschlussfassung hierüber heute unwahrscheinlich sei, unterstütze die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den Vertagungsantrag.

Frau Koshofer zieht ihren Antrag zurück, da der Tagesordnungspunkt wahrscheinlich vertagt werde. In diesen Fall werde der Vorschlag ohnehin neu diskutiert.

Herr Waldschmidt **beantragt** Schluss der Aussprache gemäß § 16 GeschO.

Herr Urbach fragt, ob jemand gegen den Antrag sprechen wolle.

Gegen den Antrag spricht Herr Santillán. Es gebe noch Ratsmitglieder auf der Rednerliste, welche auch zu Wort kommen sollten.

Herr Urbach erklärt, dass vor einer Abstimmung jede Fraktion die Möglichkeit gehabt haben müsse, einmal zur Sache zu sprechen. Dies betreffe im vorliegenden die ALFA-Fraktion. Zudem stehe das fraktionslose Ratsmitglied Herr Samirae noch auf der Rednerliste. Diesem solle ebenfalls gestattet werden, seinen Wortbeitrag vorzubringen.

Herr Jungbluth teilt mit, dass die ALFA-Fraktion der Beschlussempfehlung nicht zustimmen werde. Die Entkopplung von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht sei nicht nachvollziehbar. Auch sei nicht ersichtlich, wie hierdurch der Integrationsprozess gefördert werden solle.

Herr Samirae weist darauf hin, dass die Vorlage vom Integrationsrat befürwortet worden sei. Er unterstütze den Vertagungsantrag, da aus diesen Gründen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema angemessen sei.

Herr Urbach stellt den Antrag von Herrn Waldschmidt auf Schluss der Aussprache zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmen die fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz. Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die ALFA-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Samirae. Damit wird der Antrag mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN **angenommen**.

Sodann stellt Herr Urbach den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig bei Enthaltung der ALFA-Fraktion **angenommen**.

23. Verwaltungsausschuss bei der Agentur für Arbeit, Neuberufung der Mitglieder für die 13. Amtszeit ab dem 01.07.2016

0429/2015

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Für die am 01.07.2016 beginnende 13. Amtszeit des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit wird als gemeinsamer Vorschlag der Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel vorgeschlagen.

24. Änderung und Ergänzung der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW über die Bereiche Kommunikation und Zugänglichkeit von Gebäuden vom 18.07.2013

0368/2015

Herr Dr. Bernhauser weist auf Wichtigkeit der Zielvereinbarung hin, da nun auch geistig und psychisch Behinderte in diese aufgenommen werden. Im Foyer vor dem Ratssaal befinde sich derzeit eine Ausstellung. Diese zeige, wie grausam mit den Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung im Dritten Reich umgegangen worden sei. Mit der Zielvereinbarung zeige Bergisch Gladbach, dass all dies nicht vergessen worden sei. Der Beschluss sei sehr bedeutsam.

Herr Klein fragt, ob durch den Beschluss auch künftig der zweite Stock des Rathauses in der Stadtmitte per Aufzug erreicht werden könne.

Herr Urbach antwortet, dass dies in der bisherigen Planung nicht vorgesehen sei. Es gebe dazu allerdings auch noch keinen Maßnahmebeschluss.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Der Text der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW über die Kommunikation und Zugänglichkeit von Gebäuden vom 18.07.2013 wird für Menschen mit einer geistigen Behinderung erweitert und für Menschen mit einer psychischen Behinderung geändert um:

1. **„In der Stadt Bergisch Gladbach versteht man unter „Inklusion“ die Verschiedenheiten und Vielfalt von Menschen als eine Bereicherung und als Chance im gesellschaftlichen Leben. Mit dieser Zielvereinbarung soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt mit den verschiedensten Behinderungsarten gerecht zu werden. Die Unterzeichner dieser Vereinbarung streben an, das Recht der mobilitäts-, seh-, hör-, sprach-, geistig und psychisch behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu führen, zu verwirklichen.“**
2. **Menschen mit einer geistigen Behinderung werden auf Anforderung Dokumente in „Leichter Sprache“ zur Verfügung gestellt.**

25. Berufung eines stellvertretenden Mitglieds in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

0235/2015

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt Herrn Bülent Aydinlioglu als stellvertretendes Mitglied in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

26. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

26.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.09.2015 (eingegangen am 02.10.2015) zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss

0428/2015

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.09.2015 (eingegangen am 02.10.2015) zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen.

27. Anträge der Fraktionen

27.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE., des Ratsmitglieds Herrn Krasniqi und des Ratsmitglieds Herrn Samirae vom 08.09.2015 (eingegangen am 11.09.2015) zur Erörterung der Anfrage zur Flüchtlingsunterbringung

0431/2015

Herr Urbach teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE., Herr Krasniqi und Herr Samirae mit Schreiben vom 08.09.2015 beantragt haben, dass die Flüchtlingsunterbringung unter einem separaten Ta-

gesordnungspunkt in der heutigen Sitzung erörtert werden solle. Ein konkreter Beschluss sei nicht beantragt worden.

Herr Samirae erklärt, dass im Rat über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung gesprochen werden solle. Die Zahl der Flüchtlinge steige stetig, so dass regelmäßig Notmaßnahmen zur Unterbringung ergriffen werden müssen. Der Rat müsse eine gemeinsame Lösung schaffen – beispielsweise durch einen Runden Tisch -, um der Herausforderung gerecht zu werden. Er bittet um Beteiligung an einer Diskussion.

Herr Urbach führt an, dass es derzeit kein Thema gebe, an dem er sich in einem ähnlichen Umfang beteilige, wie die Flüchtlingsthematik. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass es keine verlässlichen Prognosen gebe. Dies führe dazu, dass Eindrücke als Entscheidungsbasis fungieren müssen. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr habe im Vorfeld der Ratssitzung eine Maßnahme zum Ausbau von Unterbringungskapazitäten beschlossen. Sofern die Zahlen jedoch auf dem Niveau der letzten beiden Monate bleiben, sei selbst dies nicht ausreichend. Es können jedoch auch keine Kapazitäten gekauft werden, deren dauerhafte Auslastung zweifelhaft sei. Die Thematik werde ausgiebig in den Ausschüssen diskutiert. Auch die Anfragen, welche mit dem Antrag verbunden gewesen seien, seien unter TOP Ö 28.1.1 beantwortet worden. Es sei unklar, was zusätzlich zu diesem Thema besprochen werden solle.

Herr Samirae erörtert, dass sich einiges aus der Vorlage ergebe und in der heutigen Tagesordnung Anträge – wie unter TOP Ö 27.2 und Ö 27.3 - zu jener Thematik vorhanden seien. Insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus müsse eine Lösung gefunden werden. Es werden hohe Summe für Container, Zelte und ähnliche Notlösungen ausgegeben, die am Ende ihrer Nutzungsdauer nicht mehr verwendet werden können. Jener Substanzverlust sei vermeidbar, wenn stattdessen Eigenkapital in Form von Wohnhäusern geschaffen werde. Es wäre wünschenswert, wenn in der heutigen Sitzung entsprechende Beschlüsse gefasst werden.

27.2. <u>Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.09.2015 (eingegangen am 05.10.2015) zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge</u>
0432/2015

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen.

27.3. <u>Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2015 (eingegangen am 20.10.2015) zum bezahlbaren Wohnraum in Bergisch Gladbach</u>
0453/2015

Herr Urbach teilt mit, die Verwaltung schlage vor, den Antrag ohne Aussprache an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann sowie an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen. Zudem sei mit Schreiben vom 30.10.2015 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. und des Herrn Samirae zum Antrag der SPD-Fraktion übersandt worden, der unter diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls an die bezeichneten Ausschüsse überwiesen werden solle und dort zusammen mit dem Antrag der SPD-Fraktion beraten werden könne.

Herr Waldschmidt zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Er bittet jedoch darum, dass der Antrag auch an den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss übersandt werde, da es auch um die Verfügbarkeit von Grundstücken gehe.

Herr Urbach erklärt, diese Ergänzung in die Beschlussempfehlung aufzunehmen.

Herr Santillán bedauert, dass die Anträge in die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden. Es sei dringender Handlungsbedarf geboten. Er sei sich jedoch darüber bewusst, dass die Verwaltung an einem Konzept arbeite.

Herr Schlaghecken führt an, dass die Verwaltung diesbezüglich eine tolle Arbeit abliefere und dringliche Themen sofort bearbeite.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag - mit samt der Ergänzung um die Verweisung an den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss – zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden - im Vergleich zum Beschlussvorschlag in der Vorlage – **geänderten Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion und der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsmitgliedes Herrn Samirae werden ohne Aussprache an den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss, den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann sowie an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

28. Anfragen der Ratsmitglieder

28.1. Schriftliche Anfragen

28.1.1. Gemeinsame schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE., des Ratsmitglieds Herrn Krasniqi und des Ratsmitglieds Herrn Samirae vom 08.09.2015 (eingegangen am 11.09.2015) zur Thematik "Flüchtlingsunterbringung"

0386/2015

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

28.1.2. Schriftliche Anfrage des Ratsmitglieds Herrn Samirae vom 10.09.2015 (eingegangen am 14.09.2015) zu Thematik "Teilnahme am Bundesprogramm kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"

0420/2015

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

28.2. Mündliche Anfragen

Frau Schundau: Anfrage zur Kontrollen von Altkleidercontainern

Frau Schundau fragt, inwieweit Altkleidercontainer im Stadtgebiet kontrolliert werden. Diese seien oftmals derart überfüllt, dass die angrenzenden Gehwege nicht mehr benutzbar seien, da diese mit Altkleidern übersäht seien.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Klein: Anfrage zur Anzahl der Flüchtlinge im Haus Pohle in Schildgen und zur Beantwortung einer Anfrage aus der letzten Sitzung

Herr Klein fragt, wie viele Flüchtlinge im ehemaligen Hotel „Haus Pohle“ in Schildgen untergebracht seien bzw. untergebracht werden. In der Presse seien unterschiedliche Zahlen genannt worden. Zudem merkt er an, dass ein Teil seiner Anfrage zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge

aus der letzten Sitzung des Rates mündlich beantwortet worden sei. Jedoch sei er mit der Antwort nicht zufrieden. Er habe gefragt, ob bei der Erstaufnahme eine Untersuchung unter seuchenhygienischen Gesichtspunkten sichergestellt sei. In der Sitzung sei mitgeteilt worden, dass dies der Fall sei. Er habe diesbezüglich jedoch andere Informationen. So sollen nächtliche Aufnahmen stattgefunden haben, ohne dass medizinisches Personal anwesend gewesen sei. Er bittet um eine schriftliche Stellungnahme diesbezüglich. Es solle klargestellt werden, wie sich die vergangene und auch die gegenwärtige Situation darstellen.

Herr Urbach antwortet zur ersten Anfrage, dass im „Haus Pohle“ 40 bis 50 Menschen untergebracht seien. Die Erstaufnahme führe das Deutsche Rote Kreuz in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten durch. Die Mitteilungen darüber, zu welchem Zeitpunkt neue Flüchtlinge ankommen, seien ungenau. Bei der Aufnahme der ersten Gruppe in Sand seien beispielsweise weitaus weniger Menschen angekommen, als zunächst angekündigt gewesen seien. Die zweite Gruppe sei erst einige Tage später angekommen. Dies führe zu Wartezeiten bei Haupt- und Ehrenamtlern. Mittlerweile stelle sich die Situation so dar, dass die medizinische Untersuchung vollumfänglich am Standort des Deutschen Roten Kreuzes in der Jakobstraße durchgeführt werde. Anschließend erfolge die Verteilung auf die Einrichtungen. Das medizinische Personal sei dabei ausreichend geschützt. Die Flüchtlinge seien zuvor bereits ohne Schutzkleidung in den Bussen unterwegs, was sich allerdings dem Einfluss der Stadt Bergisch Gladbach entziehe.

Herr Santillán: Anfrage zur Ausstattung der Feuerwehrfahrzeuge
Herr Santillán führt an, dass der Teleskopmast – welcher von der Feuerwehr für deren Fahrzeuge gefordert worden sei – laut Presseberichten durch eine Drehleiter ersetzt worden sei. Er fragt, wie viel der Teleskopmast gekostet habe, für welchen Preis das Hubrettungsfahrzeug eingekauft worden sei, ob für jene Käufe Kredite aufgenommen worden seien, wer den Kauf genehmigt habe und warum dies nicht in den politischen Gremien beraten worden sei.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu, welche – insbesondere aufgrund der Kaufpreisthematik – jedoch nicht-öffentlich sein werde.

Herr Santillán: Anfrage zur Verwendung der Erträge aus der BELKAW-Beteiligung
Herr Santillán erklärt, aus den Haushaltsreden sei deutlich geworden, dass es Differenzen über die Verwendung der Erträge aus der Beteiligung an der BELKAW GmbH gebe. Aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Stadt Bergisch Gladbach eine Ertragssumme von ca. 3,5 Millionen Euro erhalten habe. Vor dem Kauf sei jedoch eine Dividende von 4,4 Millionen garantiert gewesen. Er fragt, wie die Differenz von knapp 900.000 Euro zu erklären sei. Dieser Komplex sei nicht transparent.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Ebert: Anfrage zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Gelände der BAST
Herr Ebert teilt mit, Herr Urbach habe verlauten lassen, dass er eine Flüchtlingsunterbringung auf dem Gelände der BAST für möglich halte. Er fragt, worauf diese Aussage beruhe und ob es hierzu Neuigkeiten gebe.

Herr Urbach antwortet, dass das Areal der BAST riesig sei, was auch aus den Luftbildern hervorgehe. Sowohl die Flächen, als auch die Hallen, seien sehr groß. Zudem liegen Informationen aus den Bauakten vor. Es sei deshalb naheliegend, dass über die Nutzung dieser Flächen als Flüchtlingsunterkunft nachgedacht werde. Er habe dies dem Landesinnenminister des Landes Nordrhein-Westfalen und der Regierungspräsidentin vorgeschlagen. Auch habe er Herrn Bundesverkehrsminister Dobrindt in dieser Sache angeschrieben. Er habe dazu am heutigen Tage ein Antwortschreiben erhalten, welches jedoch noch ausgewertet werden müsse. Daraus gehe jedoch hervor, dass die

Flächen aufgrund der Nutzung durch die BAST nicht zur Verfügung stehen. Diese Antwort sei inakzeptabel, da für die Sporthallen selbiges gelte.

Herr Höring: Anfrage zur Verkehrssituation in Bergisch Gladbach
Herr Höring erörtert, dass die Verkehrssituation in Bergisch Gladbach derzeit aufgrund der Vielzahl an Baustellen stark belastet sei. Dies führe sogar dazu, dass auch potentielle Alternativrouten durch Baustellen blockiert seien. Dies gelte insbesondere für die Alternativroute von Refrath nach Bensberg über die Saaler Mühle. Er fragt, ob durch den Baustellenmanager solche Situationen künftig verhindert werden können.

Herr Urbach antwortet, dass der zuständige Mitarbeiter Anregungen aus der Bevölkerung aufnehme. So sei beispielsweise auf der Strecke „Am Mühlenberg"/ „Vollmühlenweg" von Anwohnern beobachtet worden, dass ein Teilabschnitt der Straße „Am Mühlenberg" zweispurig genutzt werde, um vorsorglich als Linksabbiegerspur für die Einmündung zur „Hauptstraße" verwendet zu werden. Dies führe zu Gefahrensituationen. Nach einem Hinweis der Anwohner sei dieser Streckenabschnitt gesperrt worden, so dass sich diese Situation nicht mehr ergebe. Die Häufung von Baustellen auf Streckenabschnitten sei stets ärgerlich, teilweise jedoch unvermeidbar. Zu der von Herrn Höring angesprochenen Ausweichroute sagt er eine schriftliche Beantwortung zu, da die Notwendigkeit bestanden habe, diese Maßnahme parallel zu den anderen Baustellen durchzuführen.

Herr Kraus: Anfrage zur Flüchtlingsunterkunft Taubenstraße und Hinweis zur Mikrofonanlage
Herr Kraus führt an, er habe von Mitgliedern des Runden Tisches erfahren, dass die Flüchtlingsunterkunft in der Taubenstraße von keiner Hilfsorganisation betreut werde. Er fragt, ob es zutreffend sei, dass die Betreuung ausschließlich durch städtische Mitarbeiter und ehrenamtliche Kräfte erfolge. Zudem sei es in der heutigen Sitzung erneut zu Problemen mit der Mikrofonanlage gekommen. So seien die Wortbeiträge teilweise nur schwer verständlich gewesen. Er bittet darum zu prüfen, ob die Installation einer neuen Anlage sinnvoll sei.

Herr Urbach sagt eine Prüfung der Anmerkung von Herrn Kraus zur Mikrofonanlage zu. Mittlerweile gebe es auch ein Unternehmen im Stadtgebiet, welches auf Raumakustik spezialisiert sei. Zur Flüchtlingsunterkunft in der Taubenstraße sei beabsichtigt gewesen, dass dieser Standort vom Deutschen Roten Kreuz betrieben werden solle. Das DRK habe in diesem Zeitraum jedoch entschieden, Einrichtungen dieser Größenordnung nicht mehr zu betreiben. Wie sich die Betreuungssituation genau darstelle, müsse schriftlich beantwortet werden.

Herr Mömkes ergänzt, dass er am heutigen Tag in der Taubenstraße gewesen sei. Er habe dort Gespräche mit ehrenamtlichen Hilfskräften geführt. Eine weitere Betreuung habe nicht stattgefunden. Die Atmosphäre sei sehr ruhig gewesen, jedoch haben die Flüchtlinge die Erwartungen, dass sie bald die Unterkunft verlassen können und einen Ausweis erhalten. Er habe auch mit Menschen aus der Nachbarschaft gesprochen, welche ebenfalls berichtet haben, dass die Situation problemlos und störungsfrei verlaufe. Die ehrenamtlichen Kräfte sorgen Vorort dafür, dass die Flüchtlinge in Privathaushalten duschen können, da dies in der Unterkunft derzeit nicht möglich sei. Ein Problem stelle jedoch – neben dem fehlenden Sanitärcontainer – der nicht vorhandene Wasseranschluss dar. Dies führe dazu, dass auch kein Wasser zum Kochen von Tee und Kaffee vorhanden sei. Er habe bereits Gespräche mit Herrn Martmann darüber geführt, ob kurzfristig ein Wasserhahn im Außenbereich des Geländes angebracht werden könne.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Allerdings solle im Laufe der nächsten Tage ein Sanitärcontainer aufgestellt werden.

Herr Wagner: Anfrage zu den Baustellen der BELKAW GmbH
Herr Wagner weist darauf hin, dass die BELKAW GmbH im Zuge der Eröffnung von Baustellen mit zeitlichen Verzögerungen agiere. So sei die aufgestellte Ampel an einer Baustelle der BEL-

KAW GmbH in Refrath immer noch abgedeckt. Seitens der Verwaltung sei auf das Aufstellen der Ampel gedrängt worden, welche jedoch seitens der BELKAW GmbH nicht an das Stromnetz angeschlossen worden sei. Die Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin der BELKAW GmbH solle künftig darauf achten, dass mit dieser Verträge geschlossen werden, die ein zeitliches Fenster für jene Maßnahmen vorsehen. Darin müssen auch Konsequenzen für den Fall der Nichterfüllung geregelt sein. Das derzeitige Handeln der BELKAW GmbH diesbezüglich sei nicht akzeptabel.

Herr Urbach weist darauf hin, dass Herr Orth Aufsichtsratsvorsitzender der BELKAW GmbH sei. Dieser nehme gerne Hinweise und Anregungen zu solchen Themen auf.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:38 Uhr.